

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Das SPD-Präsidium wendet sich gegen die Gewerbesteuerpläne der Bundesregierung.

Seite 1

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Guidrun Schaich-Walch fordert eine pragmatische Sozial- und Gesundheitspolitik, die die Probleme der Betroffenen lindert.

Seite 2

Robert Antretter, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der WEU, würdigt den Soell-Bericht, der bei der Herbstsitzung der Parlamentarischen Versammlung der WEU im Mittelpunkt steht.

Seite 3

49. Jahrgang / 227

29. November 1994

### Grenze der Belastbarkeit endgültig überschritten Erklärung des SPD-Präsidiums zur Steuerdiskussion

1. Die Gewerbesteuerpläne der Bundesregierung bedeuten in Wahrheit eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Lohn- und Einkommensteuer. Nach den drastischen Steuer- und Abgabenerhöhungen der letzten Jahre ist für die große Mehrheit der Bevölkerung die Grenze der Belastbarkeit endgültig überschritten. Ziel muß es daher sein, die Steuer- und Abgabebelastung so schnell wie möglich schrittweise zurückzuführen.
2. Die Gewerbesteuerpläne der Bundesregierung sind mittelstandsfeindlich: Da wegen der hohen Freibeträge die kleinen und mittleren Unternehmen schon jetzt von der Gewerbesteuer weitgehend freigestellt sind (nur etwa 16 Prozent aller Gewerbebetriebe zahlen Gewerbesteuer), würden von einer Abschaffung der Gewerbesteuer im wesentlichen nur die Großunternehmen profitieren. Eine Gegenfinanzierung über eine höhere Mehrwertsteuer oder eine Erhöhung der Einkommensteuer würde aber vor allem die mittelständischen Unternehmen und Handwerker belasten. Damit wird die Unternehmenskonzentration weiter verschärft.
3. Eine Reform der Gewerbesteuer muß:
  - das Interesse der Gemeinden an der Ansiedlung von Betrieben erhalten;
  - den Gemeinden ein Hebesatzrecht erhalten, um die in Artikel 28 des Grundgesetzes verankerte kommunale Selbstverwaltung zu gewährleisten;
  - die finanzielle Ausstattung der Gemeinden mit einer Gemeindefinanzreform quantitativ und qualitativ dauerhaft sichern.

Um für Wirtschaft und Gemeinden Planungssicherheit und Transparenz zu schaffen, muß die Bundesregierung zunächst alle dafür erforderlichen Schlüsseldaten zur Verfügung stellen.
4. Um den Standort Deutschland zu stärken und die Beschäftigung zu erhöhen, fordert die SPD eine Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten.

(-/29. November 1994/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

\*\*\*\*\*

Kontraster Druck  
aus recycelten Altpapier  
Recycling-Paper



**Probleme der Betroffenen lindern**  
**Drogenpolitik am Anfang der 13. Legislaturperiode**

Von Gudrun Schaich-Walch MdB

In den vergangenen Jahren versuchte die Bundesregierung vergeblich die Abstinenz gegenüber illegalen Drogen mit Mitteln des Strafrechts durchzusetzen. Dazu gehörte das Festhalten an der Verfolgung des Besitzes auch kleiner Mengen Drogen zum Eigengebrauch, die strikte Ablehnung der Einrichtung von Gesundheitsräumen, Ignoranz gegenüber der dringend notwendigen Ausweitung der Substitution und die Blockade der wissenschaftlichen Erforschung der Behandlung mit Originaldrogen. Diese Politik führte nicht zu weniger Drogengebrauch, sondern zur Zunahme der gesundheitlichen und sozialen Verwundung, vermehrter HIV-Infektion und Tod.

Im Koalitionsvertrag der CDU/CSU/FDP für die 13. Legislaturperiode ist unter dem Kapitel "Starker Rechtsstaat - Erhalt des Inneren Friedens- Bürgerrechte - Bürgersicherheit" (!) ein Unterpunkt Drogenpolitik, in dem zwei Ziele an die Stelle der bisherigen Forderung nach Totalabstinenz treten:

1. Die "Zahl der Drogeneinsteiger zu verringern". Damit wird erstmals akzeptiert, daß dieses Problem nicht behoben, sondern lediglich der Schaden gemildert werden kann.
2. "Bereits Drogensüchtige aus dem Kreislauf der Abhängigkeit zu lösen".

Das ist nicht revolutionär, doch in Zusammenhang mit den Äußerungen der Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberger, sie wolle die kontrollierte Heroïnverschreibung in die Koalitionsverhandlungen einbringen, könnte eine leichte Veränderung in der Drogenpolitik der Bundesregierung absehbar werden. Die FDP-Forderung steht zwar nicht ausdrücklich im Vertrag formuliert, doch wird eine "Verbesserte Hilfe für Schwerstabhängige" aufgeführt, die sich praktisch nur durch erleichterte Substitution (evtl. mit Originalpräparaten) umsetzen läßt.

Diese Lesart im Vertrag ändert nichts an den Prinzipien CDU/CSU-Drogenpolitik, die Strafrecht vor Hilfe setzt, denn im Kapitel Gesundheit, wo dieses Thema eigentlich hingehört und auch parlamentarisch bearbeitet wird, kommt Drogenpolitik nicht vor. Für die FDP werden durch die neuen Formulierungen aber ein gewisser Spielraum für kleinere Veränderungen eröffnet, den sie hoffentlich nutzen wird.

Aus ihren praktischen Erfahrungen im Umgang mit dem Drogenproblem folgen immer mehr Länder und Gemeinden den Vorschlägen der SPD. Drogenpolitik wird dabei nicht vorwiegend als Bedrohung der inneren Sicherheit betrachtet, sondern als Gesundheitsproblem behandelt. Deshalb

- hat der Bundesrat den Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg zur kontrollierten Verschreibung von Heroïn unterstützt,
- werden in Frankfurt die ersten Gesundheitsräume für Heroïnkonsumentinnen und -konsumenten eröffnet und
- fördern niedergelassene Ärztinnen und Ärzte eine pragmatische und klare Rechtslage für eine erweiterte Substitution.

Es war auch die Gesundheitsministerkonferenz der Länder, die laut Resolution vom 18.11.1994 mit großer Mehrheit eine "Neubewertung" der weichen Drogen, wie Haschisch und Marihuana vornehmen will und das Strafrecht als ungeeignetes Mittel zur Bewältigung der Drogenfrage ansieht.

Auf diesem Weg der kleinen Schritte wurden und werden die Bundesländer von der SPD-Fraktion im Bundestag unterstützt. Grundlage sind die von der SPD-Bundestagsfraktion in der vergangenen Legislaturperiode eingebrachten Reformvorschläge zum BtMG.

Bewertet man die knappe Koalitionsaussage und die Äußerungen der FDP, könnte es in dieser Legislaturperiode möglich sein, daß wir bei der Einrichtung von Gesundheitsräumen und bei der wissenschaftlichen Erprobung der Heroinvergabe den Ländern den Weg zu neuen Hilfsangeboten öffnen können. Schließlich ist es offensichtlich: Als vor zehn Jahren die Diskussion um Methadon von der SPD forciert und die Vergabe - wenn auch sehr eingeschränkt - durchgesetzt wurde, war der Aufruhr in den Reihen der Regierung groß ('Kapitulation', 'Aufrechterhalten der Sucht', usw.). Heute kann der Methadonsubstitution ein Rückgang der sogenannten Drogentoten und die Verbesserung des Gesundheitszustands der Drogenabhängigen zugeschrieben werden.

Nach den Erfahrungen mit ärztlich kontrollierter Heroinverschreibung in England und der Schweiz, ist dieser SPD-Vorschlag ähnlich wie die Trennung der Märkte zwischen sogenannten harten und weichen Drogen einer von mehreren pragmatischen Maßnahmen, die sich im Sinne einer Normalisierung der Drogenfrage durchsetzen werden. Wir setzen uns dafür ein, daß nicht Mythen die Drogenpolitik beherrschen, sondern pragmatische Sozial- und Gesundheitspolitik die Probleme der Betroffenen lindert und vernünftig mit dem Schutz und Sicherheitsbedürfnis aller Bürgerinnen und Bürger umgeht.

(-/29. November 1994/jr/fr)

\*\*\*\*\*

**Realismus und Augenmaß**  
**Zur Herbstsitzung der Parlamentarischen Versammlung der WEU**

**Von Robert Antretter MdEP**  
**Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der WEU**

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Herbstsitzung '94 der Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris steht zweifellos der gestern beraten und heute zur Beschlußfassung anstehende Bericht "Eine europäische Sicherheitspolitik" des deutschen Sozialdemokraten Hartmut Soell. Der Soell-Bericht benennt in einer entscheidenden Etappe bei der Ausformung einer europäischen Sicherheitspolitik die wichtigsten strategischen Herausforderungen und legt zugleich Realismus und Augenmaß an den Tag hinsichtlich eines Weges zur intergouvernementalen Konferenz 1996. Wenn man den Augen Glauben schenken darf, so sollten wir von dieser Konferenz nicht allzuviel erwarten. Obwohl ein qualitativer Sprung zu einer Politischen Union gerade im Zusammenhang mit der Währungsunion erforderlich wäre, ist Skepsis angebracht, ob dieses kühne Ziel nach den jüngsten Erfahrungen mit unseren beschränkten außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten bereits jetzt erreicht werden kann. Umso wichtiger ist es, daß mit diesem Bericht in pragmatischen Schritten eine Stärkung der WEU als Verteidigungskomponente der Europäischen Union und als europäischer Pfeiler der NATO vorgegeben wird.

Besonders beeindruckend ist dabei die Aufzählung der Risiken, die die WEU in ihrer sicherheitspolitischen Identität und außenpolitischen Handlungsfähigkeit insgesamt schwächen könnte. Dazu gehört vor allem eine überstürzte Erweiterung um neue Mitgliedstaaten, die Artikel 5, also die automatische Beistandspflicht als Kernelement der WEU, in Frage stellt. Schließ-

lich kann man mit einer Strategie der kleinen Schritte auch vom Weg abkommen, wenn die Richtung nicht mehr erkennbar ist. Wo die oft beschworene politische Finalität der Europäischen Union liegen soll, die vielleicht bald aus 16 Mitgliedstaaten, darunter auch neutralen Staaten, bestehen wird, ist derzeit ohnedies nicht recht zu erkennen. Aber auch bei der WEU verwischen sich zunehmend die politischen Konturen. Jedenfalls ist eine gewisse Rückbesinnung auf das tatsächliche außenpolitische Gewicht einzelner Mitgliedstaaten und ihre machtpolitischen Möglichkeiten feststellbar.

Die Einrichtung der Bosnien-Kontaktgruppe spiegelt diese Entwicklung wider. Wir sollten davor ebensowenig die Augen verschließen wie gegenüber der bilateralen militärischen Zusammenarbeit, für die Frankreich und Großbritannien während ihres Gipfeltreffens dieser Tage in Chartres ein Beispiel gesetzt haben. Gemeint ist die Einrichtung einer militärischen Planungszelle für die Luftwaffen dieser beiden Mitgliedstaaten, bei der Zweifel erlaubt sind, ob und gegebenenfalls wie sie der militärischen Planungszelle der WEU zugeordnet werden kann.

Zum anderen besteht Anlaß zur Sorge, weil ein altes Denken in nationalen Risikoabwägungen und geopolitischen Interessenssphären wieder aufgetreten ist, das unser Handeln lähmt. Tief-sitzende historische Bindungen und wechselseitig unterstellte vermeintliche Interessen auf bestimmten Gebieten haben leider den Blick vernebelt, welche Partei für Massenmord und Kriegsverbrechen verantwortlich ist. Das gilt sowohl für den Balkan wie leider auch für die Beratungen des WEU-Rates im Hinblick auf die sich zuspitzende Lage in Ruanda. Statt endlos zuzuwarten und die Entwicklung treiben zu lassen, hätte gerade im Fall des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien früher und entschlossener gehandelt werden müssen.

Gerade Hartmut Soell war sich dessen von Anfang an bewußt. Sein Appell vom Juni 1992, eine international garantierte Schutzzone einzurichten, verhalte ungehört.

Das Desaster der späteren UNO- und NATO-Politik zeigt sich in seiner ganzen Brutalität am heutigen Tag in der UNO-Schutzzone BiHac. Das Versagen der internationalen Staatengemeinschaft und leider auch der Europäischen Union ist auf völlig unzureichende Entscheidungsverfahren zurückzuführen, die es den Kriegsparteien auf dem Balkan ermöglicht haben, unsere Regierungen wechselseitig auszuspielen.

Hierüber muß im Hinblick auf die Revisionskonferenzen dringend nachgedacht werden. Wo gemeinsame außenpolitische Interessen aller Mitgliedsstaaten vorliegen, müssen die Entscheidungsprozeduren so ausgestaltet werden, daß in diesen Aktionsfeldern ein verbindliches Handeln für alle Pflicht wird. Nur so kann eine präventive Sicherheitspolitik gegenüber Drittstaaten ihre erforderliche Glaubwürdigkeit erlangen. Offensichtlich wird darüber im Kreis der Europäischen Union beraten; aber leider wieder einmal unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Wir brauchen ein abgestimmtes Bündel von Embargomaßnahmen, von Anreizen zur Konfliktbeendigung und zur friedlichen Streitbeilegung. Natürlich wird der Einsatz über die Streitkräfte dabei weiterhin den nationalen Regierungen vorbehalten bleiben. Deshalb sind alle Pläne über eine Fusion der WEU und der Europäischen Union zum gegenwärtigen Zeitpunkt unrealistisch.

Auf das real Machbare weist der Bericht von Hartmut Soell hin. Die von ihm aufgezeigte Strategie der kleinen Schritte, die zu einer Stärkung der sicherheitspolitischen Identität führt, sollten wir jetzt konsequent verfolgen durch ein besseres Ineinandergreifen von WEU und Europäischer Union.

(-/29.11.1994/vo-he/jr)

\*\*\*\*\*